
Sackgasse „Hartz IV“. Warum Österreich keine Arbeitsmarktreformen nach deutschem Vorbild braucht*

Ilse Leidl-Krapfenbauer, Norman Wagner

1. Deutschland als Vorbild?

„Das deutsche Beschäftigungswunder“, „Deutschland überholt Österreich im EU-Vergleich“, „Österreich braucht Hartz-IV-Reformen“ – so oder ähnlich lauteten die Schlagzeilen in österreichischen Medien in den letzten Monaten. Speziell vonseiten der ArbeitgebervertreterInnen wird das deutsche Hartz-IV-System als Vorbild für Österreich herangezogen. Denn Österreich hat im letzten Jahr die im europäischen Vergleich lange innegehabte Spitzenposition bei der Arbeitslosenquote verloren und wurde von Deutschland abgelöst. Deutschland wies im Mai 2015 eine EU-Arbeitslosenquote von 4,7% auf, Österreich lag bei 6,1%. Naheliegender, dass man dabei den Blick nach Deutschland richtet, um zu sehen welche Entwicklungen dazu beigetragen haben.

Der österreichische Arbeitsmarkt hat zwei grundlegende Probleme: erstens das nach wie vor niedrige Wirtschaftswachstum und zweitens das stark steigende Arbeitskräfteangebot. Arbeitsmarktreformen nach deutschem Vorbild würden weder am Wirtschaftswachstum noch am Arbeitskräfteangebot ansetzen. Sie wären also nicht in der Lage, die zugrunde liegenden Probleme anzugehen. Um die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, braucht es vor allem wirtschaftspolitische Maßnahmen und keine Arbeitsmarktreform nach deutschem Vorbild.

Die vorliegende Analyse zeigt, dass es zwar einen zeitlichen Zusammenhang zwischen den Reformen und der verbesserten Arbeitsmarktsituation in Deutschland gibt, aber von keiner Kausalität gesprochen werden kann: Die Hartz-IV-Reformen haben zu einer Verfestigung der Arbeitslosigkeit – die Langzeitarbeitslosigkeit liegt in Deutschland bei 44% – und zu einer Zunahme von Armut bei arbeitslosen Menschen geführt, mehr als zwei Drittel der deutschen Arbeitslosen sind armutsgefährdet. Sie haben ein System geschaffen, wo nicht die optimale Betreuung und nachhaltige

* An dieser Stelle möchten wir uns bei Peer Rosenthal (Arbeitnehmerkammer Bremen) für seine Anmerkungen und den fachlichen Austausch zu dem Thema bedanken.

Integration von Menschen in den Arbeitsmarkt im Vordergrund steht, sondern die kurzfristige Aktivierung auf Kosten der Individuen und ohne Berücksichtigung der realen Chancen auf dem Arbeitsmarkt.

Hinter den Datenanalysen darf man auf die individuellen Schicksale und Geschichten, die hinter diesen nüchternen Zahlen stecken, nicht vergessen. Die Armut hat in Deutschland mit den Hartz-Reformen zugenommen.

1.1 Zur Rolle der deutschen Wirtschaftspolitik

Durch Lohnsenkungen (die durch die zunehmende Atypisierung, das Steigen der Mini-, bzw. Ein-Euro-Jobs, in manchen Teilen des deutschen Arbeitsmarktes stattgefunden haben) die Arbeitskräftenachfrage zu erhöhen zeigt ein stark verkürztes Verständnis von Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik. Lohnsenkungen haben, gerade im Niedriglohnbereich, fast zwingend einen Rückgang des privaten Konsums und damit der Inlandsnachfrage zur Folge. Das führt dazu, dass sich die Produktionskosten im Inland verringern und die Exporte sich erhöhen, da die eigenen Produkte im Vergleich zu jenen der Handelspartner billiger werden. Durch diese „*Beggar-thy-Neighbour*-Politik“ kommt es zu Außenhandelsüberschüssen, die innerhalb einer Währungsunion nicht kompensiert werden können. Deutschland ist ein hervorragendes Beispiel für diese Politik, deren Auswirkungen wir in der aktuellen Eurokrise aus der Nähe betrachten können.

Es gäbe noch vieles in Bezug auf die wirtschaftspolitische Ausrichtung Deutschlands bzw. der EU zu sagen, dieser Beitrag beschränkt sich aber bewusst auf den Arbeitsmarkt und die Arbeitsmarktpolitik in Deutschland bzw. Österreich, damit die Auswirkungen der unterschiedlichen Politiken abseits von EU-Arbeitslosenquoten transparent werden und die Diskussion um „Hartz IV in Österreich“ beendet werden kann.

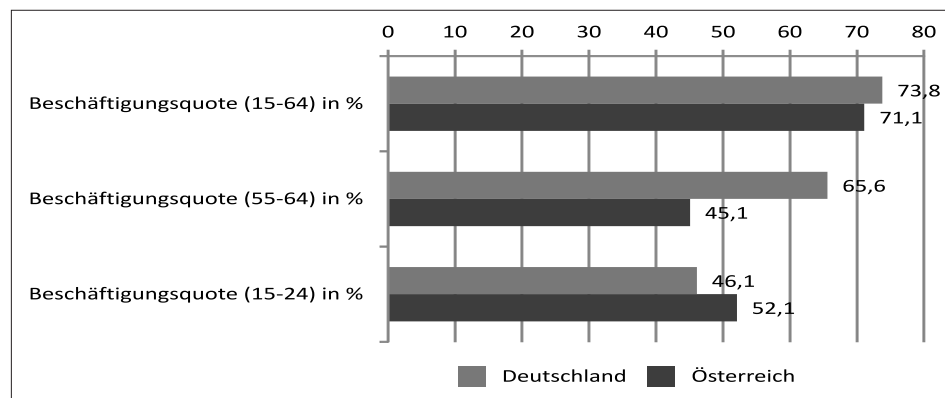
2. Die „üblichen“ Arbeitsmarktdaten auf den ersten Blick

Ein Vergleich der Entwicklung des BIP/Kopf in Deutschland und Österreich zeigt, dass Österreich eine höhere Pro-Kopf-Wirtschaftsleistung hat. Diese lag 2014 bei rund 36.100 Euro und in Deutschland bei 33.700 Euro. Die Entwicklung zeigt aber, dass Deutschland ein stärkeres Wachstum des BIP/Kopf verzeichnen konnte. Das deutsche Wachstum fußt vor allem auf den Exporten, besonders auch in jene Gebiete, die sich erst jetzt von der Krise erholen.¹ Der private Konsum hat über lange Zeit stagniert, erst ab 2009 wuchs dieser durch höhere Lohnabschlüsse (besonders in der Industrie) wieder an. Die Lohnsteigerungen in manchen Wirtschaftsbereichen in Deutschland sind für den wirtschaftlichen Aufschwung der letzten Jahre zum Teil mitverantwortlich. Zuletzt – also von 2013 auf 2014 – nahm

das BIP/Kopf in Deutschland um +3,2% zu, während es in Österreich sogar leicht zurückging (-0,3%). Die Aussichten sind für Österreich auch nicht sehr optimistisch, das Wifo schätzt das heurige BIP-Wachstum auf +0,5%.

Auch die Beschäftigungsquoten liegen in Deutschland höher: Sowohl im Gesamten – also bei den 15- bis 64-Jährigen – als auch bei den Älteren liegen die Werte über den österreichischen Beschäftigungsquoten. Einzig bei den Jüngeren (15- bis 24-Jährige) liegt Österreich mit einer Beschäftigungsquote von über 50% voran. Betrachtet man allerdings die Beschäftigungsquoten der beiden Länder nach Vollzeitäquivalenten, so lag Österreich im Jahr 2013 mit 63,7% sogar leicht vor Deutschland mit 63,2%.²

Abbildung 1: Beschäftigungsquoten 2014



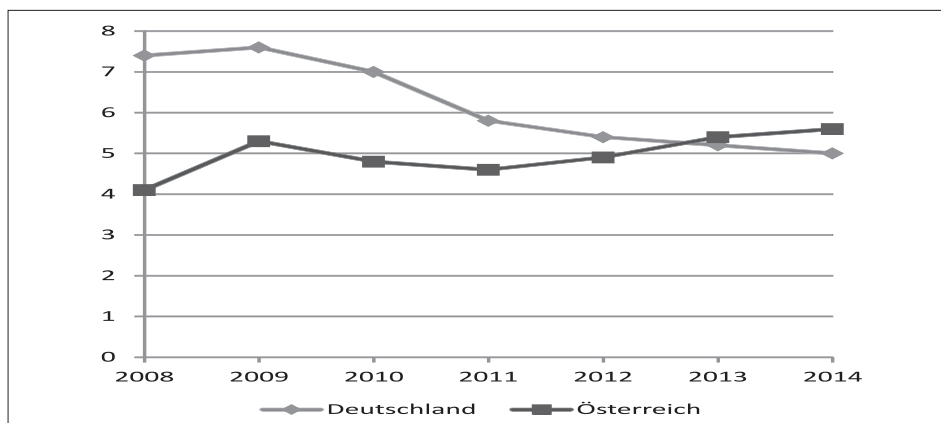
Quelle: Eurostat.

Bei der Entwicklung der Beschäftigung im Zeitverlauf haben sich Österreich und Deutschland laut Eurostat-Daten in etwa gleich positiv entwickelt – in beiden Ländern ist die Beschäftigung von 2008 bis 2014 um +2,7% gestiegen (allerdings gab es bei den deutschen Daten 2011 einen statistischen Zeitreihenbruch, der einen relativ großen Anstieg, +7,2%, von 2011 auf 2012 bewirkt hat). Betrachtet man allerdings das Arbeitsvolumen – also die Anzahl der geleisteten Arbeitsstunden –, so wächst dieses in Deutschland um +2,2% (2008 bis 2014), in Österreich ist das Arbeitsvolumen im selben Zeitraum um -4,2% zurückgegangen. Die Entwicklung erfolgte aber von einem höheren Pro-Kopf-Niveau, sodass die durchschnittlichen geleisteten Wochenarbeitsstunden in Österreich mit 36,7 Std. (Eurostat, VZ und TZ) noch deutlich über Deutschland mit 35,3 Std. liegen. Das vermeintliche deutsche Beschäftigungswunder ist vor allem auf das Wachstum von sozialversicherungspflichtiger Teilzeitbeschäftigung und geringfügiger Beschäftigung (Minijobs) zurückzuführen.

Abbildung 2 zeigt die Entwicklung der Arbeitslosenquoten (nach EU-Me-

thodik) von 2008 – also dem Jahr, in dem die Krise eingesetzt hat – bis 2014. Von 2008 auf 2009 gab es in Deutschland einen geringeren Anstieg bei der Arbeitslosenquote, was unter anderem auch mit dem größeren Einsatz von Kurzarbeit und Arbeitszeitkonten bzw. den getätigten Konjunkturprogrammen in Deutschland zu tun hatte. Die deutsche Wirtschaft kämpfte bereits seit Jahren mit einem demografiebedingten Rückgang der Erwerbsbevölkerung und daher hatten die deutschen Unternehmen noch mehr Interesse, ihre MitarbeiterInnen auch während der Krise an sich zu binden. Seit 2009 ist die Arbeitslosenquote Deutschlands rückläufig; in Österreich sank die Arbeitslosenquote von 2009 bis 2011, seitdem steigt sie laufend an. Damit verlor Österreich auch den „Spitzenplatz“ in Europa.

Abbildung 2: Arbeitslosenquoten (gesamt, in %), 2008 bis 2014



Quelle: Eurostat.

Die Beschäftigungs- und Arbeitslosenquoten sind zweifelsohne wichtige Kennzahlen, um den Arbeitsmarkt zu beschreiben, sie sind aber alleine nicht ausreichend. Die EU-Quoten basieren auf Befragungsdaten: Wer in der jeweiligen Befragungswoche zumindest eine Stunde in Beschäftigung war, gilt als beschäftigt. Dieses geringe Beschäftigungsausmaß kann aber weder existenzsichernd (für das Individuum) noch ausreichend für die Finanzierung des Sozialstaats sein. Eine hohe Beschäftigungsquote sagt demnach noch nichts darüber aus, ob man von der Beschäftigung auch (ohne staatliche Unterstützung) leben kann.

Wer in der Referenzwoche nicht zumindest eine Stunde erwerbstätig war, aktiv nach Arbeit sucht und innerhalb von zwei Wochen für eine Arbeitsaufnahme zur Verfügung steht, wird als „arbeitslos“ gewertet. Damit wird Beschäftigung tendenziell übererfasst (alles ab einer Wochenstunde = Erwerbstätigkeit!) und Arbeitslosigkeit auf der anderen Seite tendenziell untererfasst (da Arbeitslosigkeit ja ein soziales Stigma ist und die Tendenz

besteht, dass arbeitslose Personen weniger auskunftsfreudig sind). Österreich und Schweden berücksichtigen diese Tendenz seit Kurzem in der Befragung, die meisten anderen EU-Länder jedoch nicht; daher kam es auch zu einer negativeren Entwicklung im Zeitverlauf. Diese Aspekte muss man bei der Interpretation der Daten mitberücksichtigen.

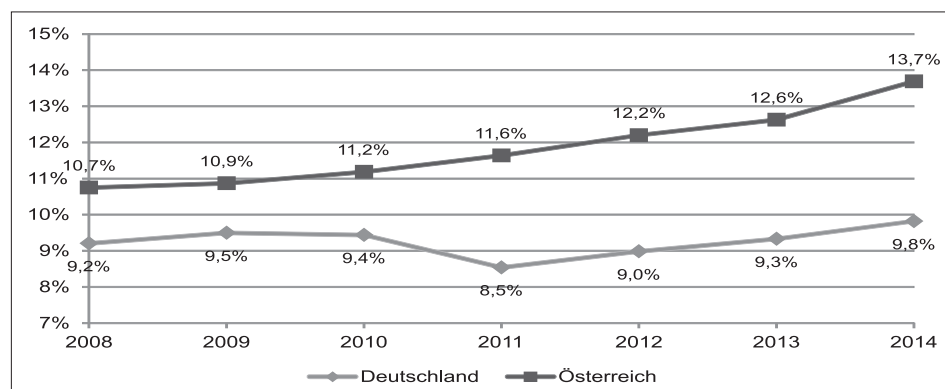
3. Demografie und Wanderungsbewegungen auf dem Arbeitsmarkt

Die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter geht in Deutschland (bereits seit 1998) tendenziell zurück, während sie in Österreich noch weiter ansteigt. Von 2008 bis 2014 gingen die Bevölkerungszahlen in Deutschland um $-2,5\%$ zurück, während sie im selben Zeitraum in Österreich um $+2,3\%$ stiegen. Das führt in Deutschland zu einer Entlastung des Arbeitskräfteangebots. Ein längerer Zeitvergleich ist aufgrund von statistischen Brüchen (Umstellungen in der Messmethode u. Ä.) nur überschlagsmäßig möglich: Hier zeigen die Daten einen Rückgang des Arbeitskräfteangebots in Deutschland seit 1998. Erst seit 2011 kam es (aufgrund der Zuwanderung) wieder zu einem leichten Anstieg.

Bei den Erwerbspersonen – dazu zählen Personen, die in Beschäftigung sind, und arbeitslose Menschen – ist die Entwicklung ähnlich: Deren Zahl hat in Österreich im Zeitraum von 2008 bis 2014 um $+4,3\%$ erhöht, in Deutschland ist sie leicht – um 35.200 ($-0,1\%$) – zurückgegangen.

Betrachtet man die Entwicklung der Zahl der Erwerbspersonen in den beiden Ländern nach der Staatsangehörigkeit, so kann man erkennen, dass die Bedeutung von ausländischen Arbeitskräften – und hier sind die

Abbildung 3: Anteil der Erwerbspersonen (15 bis 64 Jahre) mit ausländischer Staatsbürgerschaft, 2008 bis 2014



Quelle: Eurostat.

deutschen Arbeitskräfte die quantitativ wichtigsten – am österreichischen Arbeitsmarkt höher ist als in Deutschland, wobei auch in Deutschland der Anteil ausländischer Arbeitskräfte steigt. Trotzdem: Menschen, die in Deutschland keine existenzsichernde Arbeit bekommen, gehen vielfach auch nach Österreich. Der Standort Österreich punktet in vielen Bereichen – ein oft noch besseres Lohnniveau, ein freier Hochschulzugang und die Attraktivität Österreichs als Arbeitsort dürften dafür ausschlaggebend sein.

3.1 Deutschland: sinkende Arbeitslosigkeit durch sinkendes Arbeitskräfteangebot

Zusammengefasst lässt sich feststellen, dass das Arbeitskräfteangebot in Österreich im Vergleich noch deutlich anwächst. In Deutschland geht das Angebot an Arbeitskräften seit ca. 15 Jahren zurück, auch die Arbeitskräftemigration ist in Deutschland nicht in demselben Ausmaß wie in Österreich vorhanden. Das ist ein wichtiger Grund, warum die Arbeitslosigkeit in Deutschland zurückgeht, während sie in Österreich weiter steigt.

Vieles entwickelt sich auf den ersten Blick auf dem deutschen Arbeitsmarkt also besser. Es besteht ein zeitlicher Zusammenhang zwischen Hartz IV (das 2005 umgesetzt wurde) und der deutschen Arbeitsmarktentwicklung. Aber es besteht keine Kausalität: Wir werden im Folgenden kurz die wesentlichen Eckpunkte der Arbeitsmarktreformen in Deutschland abbilden und dann einige Arbeitsmarktkennzahlen herausgreifen, die belegen, dass Hartz IV bei Weitem nicht für alle „erfolgreich“ war. Die Mehrheit der ArbeitnehmerInnen hat von den Reformen nicht profitiert und die Segmentierung am deutschen Arbeitsmarkt hat stark zugenommen.

4. Hartz IV – Eckpunkte der deutschen Arbeitsmarktreform

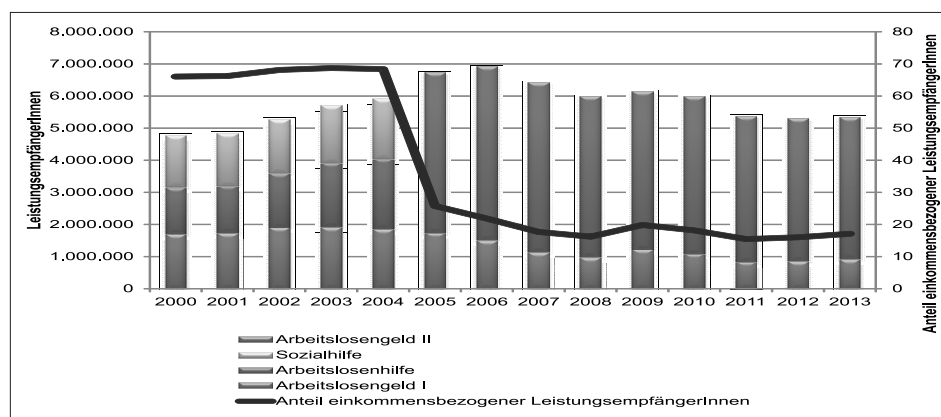
Die Hartz-Reformen waren – so sind sich viele einig – eine der radikalsten Reformen der Arbeitsmarktpolitik in einem EU-Land. Man hat das System der sozialen Absicherung für Arbeitslose aber auch für Beschäftigte (mit geringem Einkommen) sowie das deutsche Arbeitsmarktservice – die Bundesagentur für Arbeit bzw. die kommunalen Jobcenter – komplett umgestellt.

Vor den Hartz-IV-Reformen hatte Deutschland ein dreistufiges System der Existenzsicherung bei Arbeitslosigkeit: das Arbeitslosengeld, die Arbeitslosenhilfe und die Sozialhilfe. Das System war dem österreichischen nicht unähnlich, es gab aber längere Bezugsdauern von Arbeitslosengeld und die Arbeitslosenhilfe orientierte sich am vorhergehenden Einkommen; im Unterschied zu Österreich war diese Leistung aber bereits steuerfinanziert.

Aus diesem dreistufigen System wurde mit den Reformen ein zweistufiges Modell: Seit 2005 gibt es Arbeitslosengeld und Arbeitslosengeld II („Hartz IV“). Das Arbeitslosengeld II ist eine bedürftigkeitsgeprüfte Grundversicherung und damit der Sozialhilfenachfolger für erwerbsfähige Personen, die Arbeitslosenhilfe wurde abgeschafft. Der Name „Arbeitslosengeld II“ ist etwas irreführend, denn es ist keine Arbeitslosenversicherungsleistung (sondern steuerfinanziert) und richtet sich prinzipiell nicht mehr nach dem vorherigen Einkommen. Das bedeutet, dass die Menschen in Deutschland nach dem Bezug des Arbeitslosengeldes (in der Regel nach 12 Monaten, Ausnahme: 50+ nach längstens 24 Monaten) auf die Fürsorgeleistung „Hartz IV“ absacken und damit auch keine entsprechenden Zeiten in der Pensionsversicherung mehr erwerben. Die Höhe der Leistung setzt sich aus einer Unterstützung für Unterkunft und Heizung (sofern diese angemessen sind) und einem pauschalierten Betrag für den sogenannten Regelbedarf (2015: 399 Euro für Alleinstehende) zusammen.

Nach der Reform dominiert das Fürsorgesystem, die Arbeitslosenversicherung mit ihren auf das vorherige Einkommen bezogenen Leistungen wird an den Rand gedrängt. Abbildung 4³ veranschaulicht diese Entwicklung.

Abbildung 4: LeistungsempfängerInnen nach Leistungsart und Anteil einkommensbezogener LeistungsempfängerInnen, 2000-2013



Quelle: Rosenthal, Bothfeld (2014), Daten: Statistik der Bundesagentur für Arbeit; Datenaufbereitung durch das BIAJ.

4.1 Änderungen bei der Arbeitslosenversicherung: Zugang, Bezugsdauern, Zumutbarkeit und Beitragssätze

Beim Blick auf die Veränderungen der Arbeitsmarktpolitik in Deutschland steht vor allem die Hartz-IV-Reform im Fokus. Aber schon mit den drei ersten Hartz-Gesetzen wurden umfangreiche Veränderungen in der

Architektur der Arbeitsmarktpolitik eingeleitet. Dazu zählen auch eingeschränkte Zugangsmöglichkeiten zur Arbeitslosenversicherung, die Verkürzung der maximalen Bezugsdauern von Arbeitslosengeld und verschärfte Zumutbarkeitsbestimmungen – also alles Forderungen, die momentan von den ArbeitgebervertreterInnen in Österreich formuliert werden.

Der Zugang zu Leistungen der Arbeitslosenversicherung wurde enger geschnürt: Vor der Reform mussten innerhalb von 3 Jahren min. 12 Monate versicherungspflichtige Beschäftigungszeiten vorliegen, um Arbeitslosengeld beziehen zu können, diese Rahmenfrist wurde auf 24 Monate herabgesetzt. Das hat dazu geführt, dass viele Erwerbstätige, die in instabilen Segmenten des Arbeitsmarktes beschäftigt sind, trotz Beitragszahlungen an die Arbeitslosenversicherung keinen Anspruch mehr auf Arbeitslosengeld erwerben, sondern bei Arbeitslosigkeit direkt in das Hartz-IV-System abstürzen.

Die maximale Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes – die über dem österreichischen Niveau liegt – im Alter wurde von 32 auf 24 Monate herab und das Alter von 45 auf 50 Jahre als Anspruchsvoraussetzung hinaufgesetzt.

Zudem wurden auch die Zumutbarkeitsbestimmungen in Deutschland verschärft: Es sollte damit die Konzessionsbereitschaft der Menschen erhöht werden, möglichst schnell eine Beschäftigung anzunehmen – unabhängig von Einkommen und Qualifikation. Es wurden die regionalen Mobilitätsanforderungen erhöht, Sperrern verschärft und die Beweislast bei der Ablehnung einer Beschäftigung in Richtung LeistungsbezieherInnen verschoben. Untersuchungen zeigen inzwischen, dass Arbeitslose zu deutlich schlechteren Löhnen wiedereingegliedert werden als noch vor den Hartz-Reformen.⁴ Dazu passt auch der Wandel der Fördermaßnahmen: Es kam zu einem starken Rückgang bei beruflichen Qualifizierungsmaßnahmen, abschlussbezogene Umschulungen spielen kaum eine Rolle.⁵ Vor diesem Hintergrund wird auch von einer „*quick-and-dirty*“-Strategie gesprochen, die aber den Funktionsweisen eines berufsfachlich geprägten Arbeitsmarkts nicht gerecht wird.⁶

Hinzu kommt, dass der Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung schrittweise ab 2007 von 6,5% auf 3% gesenkt wurde. Mit der Beitragssenkung war ein enormer Einnahmerückgang in der deutschen Arbeitslosenversicherung verbunden – in Deutschland sind 84% (Jahr 2013) der Ausgaben für Arbeitsmarktpolitik durch die Beiträge gedeckt (Österreich: 87%). Die Beitragseinnahmen brachen von 2006 auf 2007 um –23% ein, daher musste man in der Arbeitsmarktpolitik und damit in der Betreuung und Unterstützung arbeitsloser Menschen sparen.

Silke Bothfeld und Peer Rosenthal (2014) arbeiten in ihrer Analyse heraus, dass diese Entwicklungen zu einem schleichenden Abschied von der Sozialversicherungslogik in Deutschland geführt haben, mit der Folge,

dass nicht alleine die prekär Beschäftigten von den Arbeitsmarktreformen getroffen wurden, sondern die Auswirkungen einer reduzierten Statussicherung bis in die Arbeits- und Lebensbedingungen der „Kernarbeitnehmerschaft“ hineinreichen. Dieser Rückgang des Sozialversicherungssystems ist daher auch mit einem Abbau von Rechten der ArbeitnehmerInnen und damit der Mittelschicht verbunden. Daher ist es keine Überraschung, dass die Angst vor Arbeitslosigkeit seit den Hartz-Reformen in der deutschen Bevölkerung stark angestiegen ist.⁷

Die Bundesagentur war nach den Reformen praktisch nur mehr für die Arbeitslosengeld-BezieherInnen zuständig, Hartz-IV-EmpfängerInnen müssen sich – gemäß der kommunalen Sozialhilfelogik – an die Jobcenter wenden, die entweder alleine von den Kommunen oder gemeinsam mit der Bundesagentur betrieben werden. Die Jobcenter sind aber organisatorisch (programmatisch, finanziell und personell) sowie räumlich von der Bundesagentur getrennt. Das ist für die Arbeitssuchenden nicht immer problemlos, und sobald man zum Jobcenter „muss“ (also längstens nach einem Jahr), ist eine soziale Stigmatisierung und eine Bruchstelle in der Betreuung damit verbunden. Diese Bruchstelle als Folge der Reformen verhindert eine einheitliche Ausgestaltung und Steuerung der Arbeitsmarktpolitik und wurde von der Begleitforschung als eine der größten „Achillesfernen“ des deutschen Systems identifiziert.⁸ Mit der stärkeren Überführung in den Aufgabenbereich der Kommunen wurden zudem auch die Mitgestaltungsmöglichkeiten der Sozialpartner in der Arbeitsmarktpolitik deutlich eingeschränkt.

4.2 Dualisierung des deutschen Arbeitsmarktes

Unter dem Titel „kein Recht auf Faulheit“ hat man die Vermittlung in Arbeit bzw. die Aktivierung als oberstes Paradigma in der Arbeitsmarktpolitik verankert. Mit den Arbeitsmarktreformen wurden Existenzgründungen (aus der Arbeitslosigkeit) stark gefördert, die sogenannten Ein-Euro-Jobs forciert und auch die vormals geringfügige Beschäftigung unter dem Titel der „Minijobs“ reformiert und attraktiviert. Die Ausdehnung prekärer Beschäftigung wurde – unter Zuhilfenahme von schärferen Zumutbarkeitsbestimmungen und verringertem Leistungsniveau – forciert. Gleichzeitig ist in Deutschland in den Krisenjahren 2008/2009 die Standardbeschäftigung (unbefristete Beschäftigungsverhältnisse) v. a. in der Industrie kaum zurückgegangen. In diesem Bereich konnten auch in den darauffolgenden Jahren gute Lohnabschlüsse erreicht werden, während für einen anderen Teil der ArbeitnehmerInnen die Niedriglohnbeschäftigung zugenommen hat.

Auch betreffend Änderungen beim rechtlichen Schutz bei Arbeitsverhältnissen liegt Deutschland nach einer OECD-Untersuchung⁹ bei unbefristete-

ten Arbeitsverhältnissen nach wie vor an der Spitze, bei der Regulierung befristeter und atypischer Beschäftigungsverhältnisse liegt Deutschland jedoch unter dem OECD-Schnitt.

Daher erscheint es auf den ersten Blick überraschend, dass die Dynamik von Arbeitsaufnahmen und -beendigungen durch den stärkeren Druck auf die ArbeitnehmerInnen über die Arbeitsmarktreformen am gesamten Arbeitsmarkt zurückgegangen ist.¹⁰ Einem zunehmend flexiblen Rand steht ein stark verfestigter Kern des Arbeitsmarktes gegenüber. Der Einschüchterungseffekt der Reformen scheint damit im Ergebnis größer zu sein als der Aktivierungseffekt – mit dem Ergebnis einer verminderten Allokationsleistung des Arbeitsmarktes.¹¹ Zudem kommt eine Analyse des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung¹² zu dem Ergebnis, dass höhere Lohnabschlüsse (die ohne die Arbeitsmarktreformen zu erreichen gewesen wären) die Wirtschafts- und Beschäftigungsentwicklung nachhaltig positiv beeinflusst hätten. Daneben wurden in Deutschland auch noch andere Reformen umgesetzt (Pensionen, Geltung von Kollektivverträgen etc.), auf die an dieser Stelle nicht näher eingegangen werden kann.¹³

5. Was die Arbeitsmarktreformen bewirkt haben – ausgewählte Arbeitsmarktdaten im Fokus

Da die Arbeitslosen- oder die Beschäftigungsquoten nur einen Teil der Entwicklung eines Arbeitsmarktes einfangen können, werden in diesem Abschnitt einige ausgewählte Arbeitsmarktdaten dargestellt, die etwas hinter die Fassade der „erfolgreichen Arbeitsmarktreformen“ in Deutschland blicken lassen. Die Daten zur Arbeitslosigkeit nach den unterschiedlichen Rechtskreisen in Deutschland zeigen eine Zwei-Klassen-Gesellschaft auf, wobei sich viele Hartz-IV-EmpfängerInnen in einer Sackgasse am Arbeitsmarkt befinden.

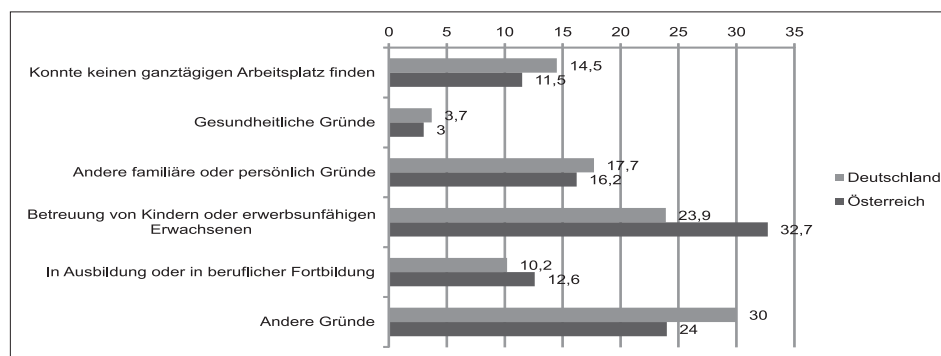
5.1 Steigender Anteil atypisch Beschäftigter in Deutschland

Die Teilzeitquote – definiert als Anteil der Beschäftigten, die weniger als 35 Wochenstunden arbeiten – lag im Jahr 2014 in Österreich bei 27,9%. Die Teilzeitquote in Deutschland lag nur geringfügig darunter (27,6%). Wie Abbildung 5 zeigt, ist allerdings in Deutschland der Anteil jener Personen größer, die Teilzeit arbeiten, weil sie keinen ganztägigen Arbeitsplatz finden konnten. Der häufigste Grund für eine Teilzeitbeschäftigung in Österreich sind Betreuungspflichten, hier liegt Deutschland im Vergleich deutlich besser.

In Deutschland 13% der Beschäftigten in befristeten Arbeitsverhältnissen beschäftigt, im Vergleich dazu waren es in Österreich nur 9,1%. Für

die ArbeitnehmerInnen sind Befristungen vor allem auch dann problematisch, wenn sie eingegangen werden, weil kein permanenter Arbeitsplatz gefunden werden konnte.

Abbildung 5: Gründe für Teilzeitbeschäftigung (% der Befragten), 2014



Quelle: Eurostat.

Die Bedeutung der Leiharbeit nimmt in Österreich und auch in Deutschland laufend zu. Laut Berechnungen des Instituts für Arbeit und Qualifikation der Universität Duisburg sind 2,9% der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung in Deutschland Leiharbeitsverhältnisse. 2005 lag dieser Anteil noch bei 1,7%. In Österreich ist aufgrund der Umstellung der Erhebungsmethode kein Zeitvergleich möglich, der Anteil im Jahr 2013/2014 betrug rund 1,9%. Die Bedeutung der Leiharbeit ist auch in Österreich hoch, aber geringer als in Deutschland, wo die Leiharbeitsverhältnisse im Zeitverlauf doch deutlich zugenommen haben.

Minijobs (sie entsprechen in etwa der geringfügigen Beschäftigung in Österreich) haben in Deutschland seit ihrer Neuregelung 2003 stark an Bedeutung gewonnen. Mitte 2003 waren in Deutschland 5,6 Mio. Beschäftigte in Minijobs, Mitte 2014 waren es schon 7,8 Mio. Menschen (+39%). Stark zugenommen (+151%) hat dabei auch der Anteil von Personen, die einen Minijob als Nebenerwerbstätigkeit zu einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung ausüben (müssen). Im Jahr 2014 gab es somit 2,46 Mio. Beschäftigte, die den Minijob als Nebenbeschäftigung ausüben, und 5,35 Mio. ausschließlich geringfügig Beschäftigte; viele davon üben einen Minijob aus, um das Arbeitslosengeld II aufzubessern.¹⁴ Aber auch in Österreich nimmt der Anteil der geringfügig Beschäftigten zu (2008 bis 2014: +22%).

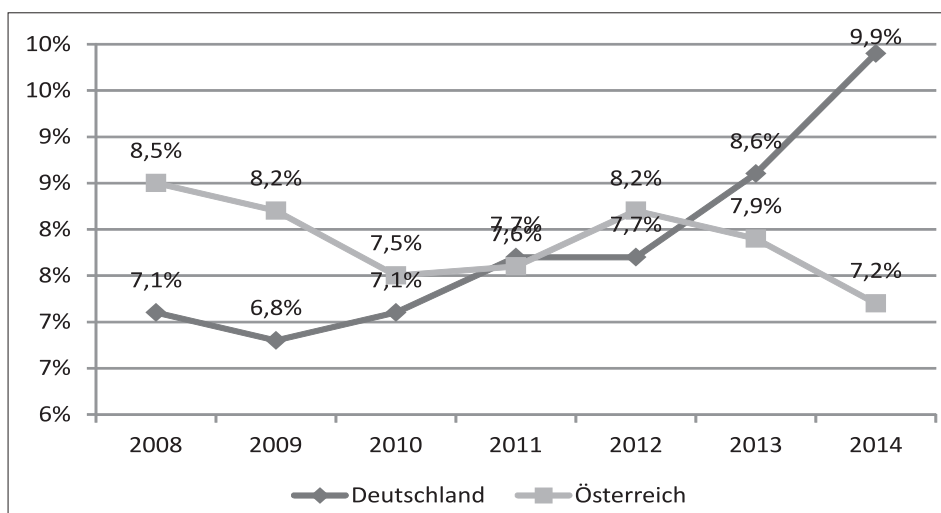
Die Zahl der Selbstständigen ohne Beschäftigte hat sich in Deutschland von 2000 auf 2012 um +39% auf 2,5 Mio. Solo-Selbstständige erhöht. Das hat unterschiedliche Gründe: Veränderte Produktionsprozesse und die Tendenz, Leistungen vermehrt auszulagern spielen hier eine wesentliche

Rolle. Im Zuge der Hartz-Reformen sind aber auch die Förderprogramme zur Aufnahme einer selbstständigen Beschäftigung in der aktiven Arbeitsmarktpolitik stark ausgeweitet worden. Diese Programme sind aufgrund fehlender positiver Arbeitsmarktauswirkungen und des Spardrucks in der Arbeitsmarktpolitik (aufgrund der sinkenden Beitragseinnahmen) wieder zurückgefahren worden.

5.2 Der Niedriglohnsektor in Deutschland ist im EU-Vergleich stark ausgeprägt

Laut Eurostat-Daten aus dem Jahr 2010 waren 22,2% der deutschen Erwerbstätigen sogenannte NiedriglohnpfängerInnen. Das bedeutet, dass der Bruttostundenverdienst unter zwei Drittel des jeweiligen nationalen Medianverdiensts liegt. In Österreich lag der Anteil 2010 bei 15%, etwas unter dem EU-Schnitt von 17%. Der Anteil von NiedriglohnpfängerInnen war in Deutschland der höchste innerhalb der EU-15. Ein Vergleich der gesamten EU zeigt, dass er lediglich in den Baltischen Staaten, in Rumänien, Polen und Zypern 2010 höher lag.¹⁵ Das Institut für Arbeit und Qualifikation hat die Niedriglohnbeschäftigten in Deutschland nach ihren Beschäftigungsanteilen gewichtet und dabei zeigt sich, dass sich zu einem großen Teil Beschäftigte mit Berufsausbildung und unbefristet Beschäftigte darunter wiederfinden. Hinzu kommt, dass mehr als 40% der Betroffenen vollzeitbeschäftigt sind.

Abbildung 6: Anteil (in %) der *Working Poor* an den Erwerbstätigen, 2008 bis 2014



Quelle: Eurostat.

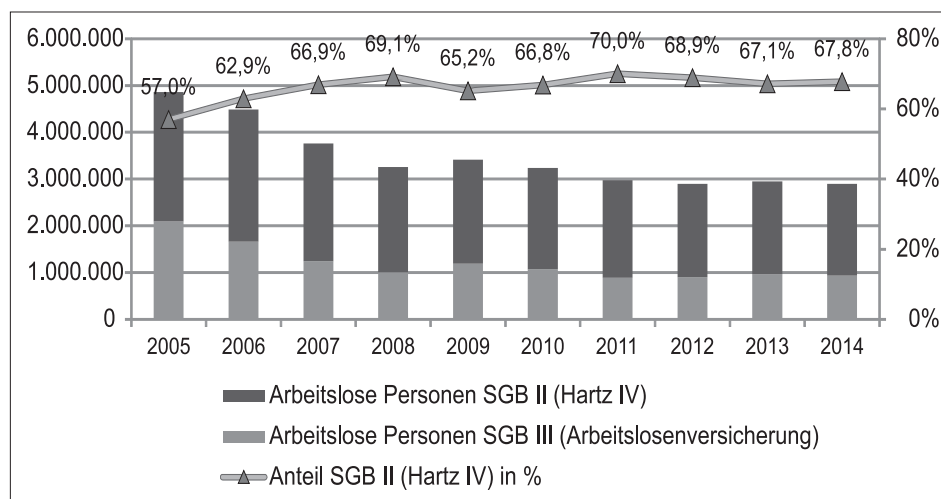
Der Anteil jener Menschen, die von ihrer Erwerbstätigkeit nicht mehr leben können – die sogenannten „*Working Poor*“ –, ist in Deutschland in den letzten Jahren angewachsen und lag im Jahr 2014 bei 9,9%. In Österreich ist die Entwicklung leicht rückläufig, im Jahr 2014 waren 7,2% der Erwerbstätigen „*Working Poor*“.

Da die Menschen immer weniger von ihrer Arbeit leben können, müssen mittlerweile 4,2% (Österreich) bzw. 4,7% (Deutschland) der Erwerbstätigen einer Zweittätigkeit nachgehen. In Österreich ist dieser Anteil seit 2008 relativ konstant geblieben, in Deutschland ist er hingegen um 1,3 Prozentpunkte angestiegen.

5.3 Arbeitslosigkeit ist in Deutschland gesunken, aber stark segmentiert

Wie bereits zu Beginn dargestellt, ist die Arbeitslosigkeit in Deutschland rückläufig. Nach den nationalen Daten ist die Arbeitslosigkeit von 2008 bis 2014 um -11% zurückgegangen. Im Jahr 2014 waren laut Bundesagentur für Arbeit durchschnittlich 2,9 Mio. Menschen in Deutschland als arbeitslos vorgemerkt.

Abbildung 7: Arbeitslose Personen in Deutschland nach Rechtskreisen, 2005 bis 2014



Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Institut für Arbeit und Qualifikation (Abb. IV39).

Betrachtet man die arbeitslos vorgemerkten Personen nach den jeweiligen Rechtskreisen, also ob sie sich im Arbeitslosenversicherungssystem oder im Hartz-IV-System befinden, so kann man erkennen, dass etwas mehr als zwei Drittel der Arbeitssuchenden im Hartz-IV-System sind. Nur

32% befinden sich noch innerhalb der Arbeitslosenversicherung. Abbildung 7 veranschaulicht die Entwicklung der Arbeitslosigkeit in Deutschland nach den jeweiligen Rechtskreisen und weist auch den Anteil der arbeitslosen Personen im Hartz-IV-System aus. Dieser schwankte zwischen 57% im Jahr 2005 und 70% im Jahr 2011.

5.4 Langzeitarbeitslosigkeit ist in Deutschland stärker ausgeprägt

Im europäischen Vergleich liegt Deutschland bezüglich der Quote der Personen, die länger als ein Jahr arbeitslos sind, im Mittelfeld: Rund 44% aller Arbeitssuchenden waren in Deutschland länger als ein Jahr auf Arbeitssuche. In Österreich betrug dieser Wert im Jahr 2014 27%, allerdings ist in Österreich die Quote im Vergleich zum Vorjahr um 2,6 Prozentpunkte angestiegen, während sie in Deutschland leicht gesunken ist.

Tabelle 1: Langzeitarbeitslosigkeit im Vergleich, 2014

	Deutschland	Veränderung zum Vorjahr	Österreich	Veränderung zum Vorjahr
Arbeitslose Personen	2.089.700	-4,2%	244.900	5,9%
Arbeitslosenquote (EU-Definition)	5,0%	-0,2 PP	5,6%	0,2 PP
Langzeitarbeitslosenquote	44,3%	-0,4 PP	27,2%	2,6 PP

Quelle: Eurostat. PP = Prozentpunkte.

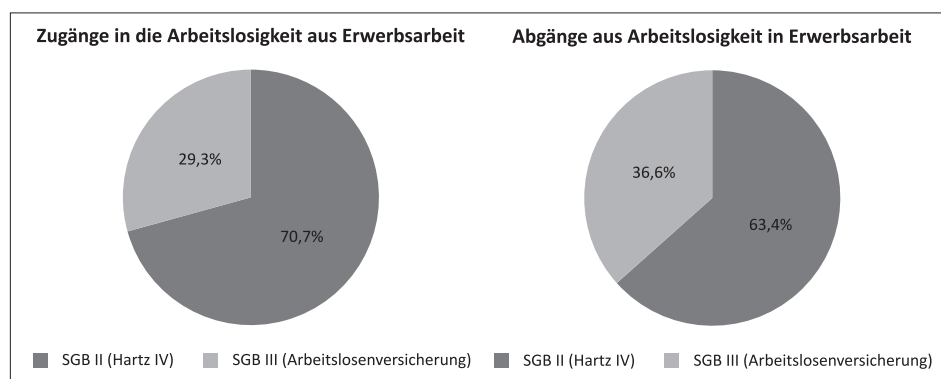
Von Langzeitarbeitslosigkeit sind überwiegend Menschen im Hartz-IV-System betroffen, da man ja in der Regel nach 12 Monaten in dieses System eintritt. Das Institut für Arbeit und Qualifikation weist den Anteil der Langzeitarbeitslosen im Hartz-IV-System mit 88,2% aus.

Betrachtet man die Zugänge in Arbeitslosigkeit aus Beschäftigung bzw. die Beschäftigungsaufnahmen aus Arbeitslosigkeit, so kann man Aussagen zur Dynamik des Arbeitsmarktes ableiten. Differenziert nach den beiden Rechtskreisen (siehe Abbildung 8) sieht man, dass sich die überwiegende Beschäftigungsdynamik über das Arbeitslosenversicherungssystem abspielt: 70% aller Zugänge und 63% aller Abgänge betreffen also nur das eine Drittel der Arbeitslosen nach dem Sozialgesetzbuch III.

Zugespielt kann man sagen: Der erhöhte Druck der Reformen wirkt sich vor allem auf die Arbeitslosen im Versicherungssystem aus, die schlechtere Konditionen am Arbeitsmarkt akzeptieren. Dagegen haben die Hartz-Reformen entgegen ihrem Versprechen nicht zu mehr Bewegung bei den Langzeitarbeitslosen geführt, wohl aber bei einem Großteil zu einem Abbau der sozialen Sicherung. Gerade in Bezug auf die Langzeitarbeitslosigkeit müssen die Reformen als gescheitert betrachtet werden.

Die Zugänge aus Erwerbstätigkeit direkt in das Hartz-IV-System (29%) zeigen, dass viele Menschen nicht ausreichend Anwartschaftszeiten erwerben, um wieder in das Arbeitslosenversicherungssystem aufgenommen werden zu können.

Abbildung 8: Deutschland – Zugänge aus Erwerbstätigkeit in die Arbeitslosigkeit (1.) und Abgänge aus Arbeitslosigkeit in die Erwerbstätigkeit (2.), 2014



Quelle: Bundesagentur für Arbeit.

5.5 EU-weit höchste Armutsgefährdungsquote bei deutschen Arbeitslosen

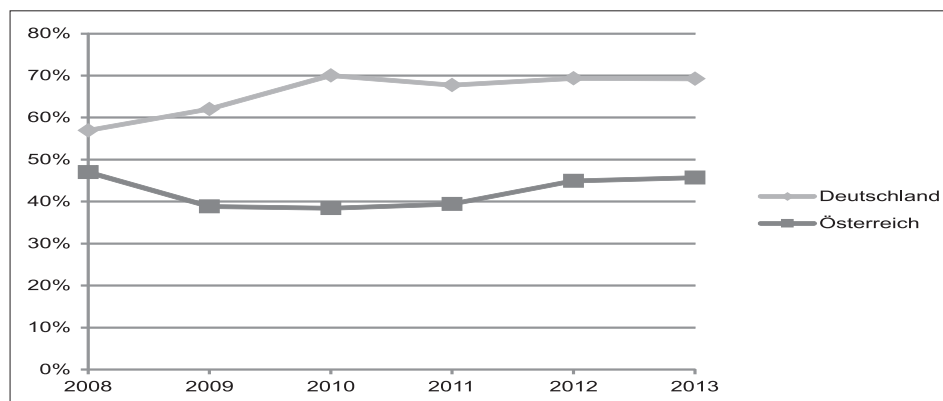
Die deutschen Hartz-IV-Reformen haben dazu geführt, dass arbeitslose Menschen in Deutschland die im EU-Vergleich höchste Armutsgefährdungsquote aufweisen (EU-SILC). Diese lag im Jahr 2013 in Deutschland bei 69%. Der EU-Schnitt lag bei 46,5% und Österreich wies eine Armutsgefährdungsquote von Arbeitslosen in der Höhe von 45,7% auf.

Doch nicht nur arbeitslose Personen sind auf Hartz-IV-Leistungen angewiesen, es gibt unter den erwerbsfähigen Hartz-IV-EmpfängerInnen auch viele Menschen, die Hartz IV trotz einer Erwerbstätigkeit beziehen müssen bzw. zudem auch sogenannte „Ein-Euro-Jobber“.

Rund 1,29 Mio. BezieherInnen von Arbeitslosengeld II sind erwerbstätig, müssen ihr Einkommen also durch die Fürsorgeleistung aufstocken. Davon ist die Hälfte in Minijobs beschäftigt, die andere Hälfte hat eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung. Der Anteil der sogenannten „Aufstocker“ ist seit 2007 stetig angewachsen: Waren in diesem Jahr rund 23,1% der EmpfängerInnen erwerbstätig so waren es im Jahr 2014 bereits 29,4% der Hilfsbedürftigen.¹⁶

Ein-Euro-Jobber sind BezieherInnen von Arbeitslosengeld II, die dazu verpflichtet werden, Arbeitsgelegenheiten (meist im Ausmaß von 30 WStd.)

Abbildung 9: Armutsgefährdungsquoten (in %) von arbeitslosen Personen, 2008 bis 2013



Quelle: Eurostat, EU-SILC.

zu verrichten, die im öffentlichen Interesse liegen. Diese Menschen sind keine ArbeitnehmerInnen im rechtlichen Sinne, sie erhalten als Mehraufwandsentschädigung einen Stundensatz von 1 bis 1,50 Euro. Arbeitsgelegenheiten gelten als zumutbare Beschäftigung und müssen angenommen werden. Das Instrument wurde in den ersten fünf Jahren nach der Reform viel beansprucht: Im Jahr 2006 gab es 287.270 Ein-Euro-Jobber, seit 2010 ist die Inanspruchnahme stark gesunken, im Jahr 2014 waren es nur mehr rund 96.600 Personen.¹⁷

6. Fazit: Warum Österreichs Arbeitsmarkt kein „Hartz IV“ braucht

Auf den ersten Blick wirken die deutschen Arbeitsmarktzahlen vorbildhaft und der Schluss, ähnliche Arbeitsmarktreformen durchzuführen, scheint nahezuliegen. Aber bei näherer Betrachtung von arbeitsmarktrelevanten Kennzahlen sind die deutschen Reformen – aus Perspektive der ArbeitnehmerInnen – ganz und gar nicht attraktiv und hatten auch wirtschaftspolitisch dämpfende Auswirkungen. Gerne vergessen wird in der Diskussion auch, dass die Sozialausgaben der Kommunen (für Unterkunft und Heizung) angestiegen sind, und auch das Problem der individuellen Überschuldung von Hartz-IV-BezieherInnen hat sich massiv vergrößert.

Die Gewinner der Hartz-IV-Reformen sind die Unternehmen, die mit billigeren Lohnstückkosten produzieren konnten. Ausgenommen die vielen neuen Selbstständigen, die in höchst prekären Arbeitssituationen gefangen sind. ArbeitnehmerInnen wurden vermehrt unter Druck gesetzt, viele haben durch die Arbeitslosigkeit deutliche Einkommenseinbußen hinneh-

men müssen bzw. immer mehr Menschen bleiben dauerhaft vom Regel-Erwerbssystem und der Möglichkeit des Schutzes der Arbeitslosenversicherung ausgeschlossen. Für diese Menschen wurde Hartz IV zur persönlichen Sackgasse. Dazu kommt, dass man in Deutschland bereits einige Elemente der Hartz-IV-Reformen wieder zurückgefahren hat, zum Beispiel die überproportionale Förderung von Unternehmensgründungen oder die Ein-Euro-Jobs.

Seitens der Wirtschaft ist die Stoßrichtung in Österreich klar: Arbeitslose sollen weiter unter Druck gesetzt werden, denn mit einem Hartz-IV-System könnten auch in Österreich die Lohnstückkosten gesenkt werden. Die in Diskussion stehende Überführung der Notstandshilfe in das Mindestsicherungssystem würde für die Unternehmen auch in Österreich die Möglichkeit bieten, die Arbeitslosenversicherungsbeiträge zu senken, da dann ja auch ein großer Teil der Arbeitslosen keine Ansprüche mehr auf Leistungen der Arbeitslosenversicherung hätte.

Für die Betroffenen würde es zudem bedeuten, dass sie nach dem Arbeitslosengeldbezug (also derzeit nach 20 bis max. 52 Wochen) in das Mindestsicherungssystem übertreten müssten, was auch eine Verpflichtung zur Vermögensverwertung (also auch Eigentum, bspw. das Auto, sofern es beruflich nicht gebraucht wird etc.) miteinschließt. Zusätzlich würden mit dem Übertritt in das Mindestsicherungssystem auch keine Beiträge mehr in die Pensionsversicherung einbezahlt werden.

Dabei wird aber außer Acht gelassen, dass der private Konsum eine wesentliche Säule der österreichischen Wirtschaft ist. Mit Arbeitsmarktreformen nach dem Vorbild Hartz IV würde der private Konsum noch weiter zurückgehen, da es zu einer Senkung des Leistungsniveaus für viele Menschen käme. Auch aus wirtschaftspolitischer Sicht ist eine Kürzung des Bezuges bei Arbeitslosigkeit also nicht sinnvoll. Auch die OECD empfiehlt Österreich mittlerweile eine Erhöhung der Leistungen bei Arbeitslosigkeit.

Entsprechende Reformen würden zu einer zusätzlichen Segmentierung am Arbeitsmarkt beitragen. Arbeitslosigkeit würde noch mehr, als es bereits jetzt schon der Fall ist, zur Sollbruchstelle in der individuellen Erwerbskarriere werden. Insbesondere im Hinblick darauf, dass sich die Erwerbsformen weiter ausdifferenzieren werden und Phasen der Erwerbslosigkeit künftig noch mehr zum Erwerbsverlauf dazugehören werden, ist ein besserer Schutz bei Arbeitslosigkeit erforderlich und keine Reduzierung des Sicherungssystems.

Die aktuelle Diskussion hat bereits gezeigt, dass es anscheinend auch darum geht, die ArbeitnehmerInnen und die Arbeitssuchenden gegeneinander auszuspielen: jene, die ihre Arbeit verloren haben, gegen jene, die eine haben, die aber niedrig entlohnt ist und für die vielleicht auch weite Anfahrtswege in Kauf genommen werden müssen. Es geht dabei um

einen Abbau gesellschaftlicher Solidarität und in weiterer Folge um eine Aushöhlung des Sozialversicherungsprinzips – nach deutschem Vorbild.

Die Analyse der österreichischen Arbeitsmarktdaten zeigt aber Handlungsbedarf auf. Es kann nicht einfach so weitergemacht werden wie bisher. Es braucht eine neue Strategie gegen die Arbeitslosigkeit und für mehr (existenzsichernde) Beschäftigung in Österreich. Denn in diesem Befund ist den Hartz-IV-ProponentInnen Recht zu geben – es lohnt sich manchmal finanziell nicht, eine Arbeit aufzunehmen, da immer mehr Arbeitsverhältnisse gering entlohnt werden. Hier muss in den Kollektivvertragsverhandlungen angesetzt werden. Es braucht (auch bei Teilzeitbeschäftigung) ein ausreichendes existenzsicherndes Einkommen für die Menschen.

Anmerkungen

- 1 Scheiblecker (2015).
- 2 Arbeitsmarktmonitor (2015) 107.
- 3 Rosenthal, Bothfeld (2014).
- 4 IMF (2015); Jaenichen, Rothe (2014).
- 5 Rosenthal (2014).
- 6 Sell (2015).
- 7 Erlinghagen (2010).
- 8 Deutscher Bundestag (2006).
- 9 Knuth (2014); Tichy (2014).
- 10 Für eine detailliertere Analyse siehe Tichy (2014).
- 11 Knuth (2014).
- 12 Herzog-Stein, Lindner, Zwiener (2013).
- 13 Zusätzliche Informationen können der Analyse von Matthias Knuth (2014) entnommen werden.
- 14 Institut für Arbeit und Qualifikation, Abb. IV91.
- 15 Geisberger (2013) 546f.
- 16 Institut für Arbeit und Qualifikation, Struktur der Aufstocker, Abb. IV81.
- 17 Institut für Arbeit und Qualifikation, Abb. IV63.

Literatur

- Deutscher Bundestag, Bericht 2006 der Bundesregierung zur Wirksamkeit moderner Dienstleistungen am Arbeitsmarkt (= Bundestagsdrucksache 16/3982, Berlin 2006).
- Dörre, Klaus, Das neue Elend: Zehn Jahre Hartz-Reformen, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 3 (2013) 99-107.
- Engbom, Niklas; Detragiache, Enrica; Raeli, Faezeh, The German Labor Market Reforms and Post-Unemployment Earnings (= IMF Working Paper, Washington, D. C., 2015).
- Erlinghagen, Marcel, Mehr Angst vor Arbeitsplatzverlust seit Hartz? Langfristige Entwicklung der Beschäftigungsunsicherheit in Deutschland (= IAQ Report 2/2010).
- Geisberger, Tamara, Ausmaß und Struktur der Niedriglohnbeschäftigung in Österreich 2010, in: Statistische Nachrichten 7 (2013) 544-558.
- Haas, Silvia; Huemer, Ulrike; Mahringer, Helmut, Arbeitsmarktmonitor 2014. Wirtschaftsforschungsinstitut im Auftrag der AK Wien (Wien 2015).

- Herzog-Stein, Alexander; Lindner, Fabian; Zwiener, Rudolf, Nur das Angebot zählt? Wie die einseitige deutsche Wirtschaftspolitik Chancen vergeben hat und Europa schadet (= IMK Report 87, Düsseldorf 2013).
- Institut für Arbeit und Qualifikation der Universität Duisburg Essen – Informationsportal
URL: <http://www.sozialpolitik-aktuell.de>.
- Knuth, Matthias; Kaps, Petra, Arbeitsmarktreformen und „Beschäftigungswunder“ in Deutschland, in: WSI-Mitteilungen 3 (2014) 173-181.
- Knuth, Matthias, Rosige Zeiten am Arbeitsmarkt? Strukturreformen und „Beschäftigungswunder“ (= Expertise im Auftrag der Abt. Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung, 2014).
- Knuth, Mathias, Gesund dank Dr. Hartz? „Strukturreformen“ und „Beschäftigungswunder“ in Deutschland, in: Arbeit & Wirtschaft Blog (2.9.2014); online: <http://blog.arbeit-wirtschaft.at/arbeitsmarktreformen-deutschland/>.
- Lehndorff, Steffen, Deutschland in der europäischen Krise: Teil der Lösung oder Teil des Problems?, in: WSI-Mitteilungen 12 (2011) 650-658.
- Rosenthal, Peer; Bothfeld, Silke, Paradigmenwechsel durch inkrementellen Wandel: Was bleibt von der Arbeitslosenversicherung?, in WSI-Mitteilungen 3 (2014) 199-206.
- Rosenthal, Peer, Schleichender Abschied von der Sozialversicherungslogik: Wie die „Hartz“-Reformen die Arbeitslosenversicherung schwächen, in: Arbeit & Wirtschaft Blog (10.9.2014); online: <http://blog.arbeit-wirtschaft.at/wie-die-hartz-reformen-die-arbeitslosenversicherung-schwaechen/>.
- Scheiblecker, Markus, Österreichs Wirtschaft im Rückstand?, in: WIFO Monatsberichte 88/6 (2015) 497-510.
- Schneider, Ulrich, Verhartztes Elend: Deutschland am Scheideweg, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 3 (2011) 88-96.
- Schönherr, David; Hacker, Evelyn; Hofinger, Christoph; Michenthaler, Georg, Existenzsicherung bei Arbeitslosigkeit (= Studie von Ifes & Sora im Auftrag der AK Wien, Wien 2014).
- Sell, Stefan, Die faktische Kraft des Formalen auf dem Arbeitsmarkt und die notwendigen arbeitsmarktpolitischen Konsequenzen (2015).
- Tichy, Gunther, Flexicurity – ein an seiner Umsetzung scheiterndes Instrument, in: WIFO Monatsberichte 87/8 (2014) 537-553.
- Wallraff, Günther, Günther Wallraff über das Auspressen von Arbeitskraft, in: Arbeit & Wirtschaft Blog (7.1.2015); online: <http://blog.arbeit-wirtschaft.at/guenther-wallraff-auspressen-von-arbeitskraft/>.

Zusammenfassung

In Österreich mehren sich die Stimmen aus der Wirtschaft, die die „vorbildhaften“ deutschen Arbeitsmarktreformen auch hierzulande umgesetzt sehen wollen. Schließlich ist es Deutschland gelungen Österreich den Rang als Land mit der niedrigsten Arbeitslosenquote in der EU abzulaufen. Daher sei es doch naheliegend das deutsche Modell zu übernehmen. Dabei wird aber gerne übersehen, dass die Hartz-Reformen nicht in Zusammenhang mit der sinkenden Arbeitslosenquote in Deutschland stehen und zu sehr hohen sozialen Folgekosten geführt haben, wie zunehmender Atypisierung und Prekarisierung (Working Poor) sowie dem größten Niedriglohnssektor innerhalb der EU-15. Dazu kommt, dass entsprechende Reformen nicht an den grundlegenden Problemen des österreichischen Arbeitsmarktes ansetzen: dem schwachen Wirtschaftswachstum auf der einen Seite und dem steigendem Arbeitskräfteangebot auf der anderen.

Abstract

An ever growing number of employers' institutions in Austria is praising the German labour market reforms, publicly known as Hartz IV, as Germany passed Austria as the country with the lowest unemployment rate in the EU. They argue that implementing those same reforms in Austria would help increase employment and boost the economy. This is highly unlikely however as there is little to no connection between German labour market reforms and the decrease in unemployment. Instead Hartz IV led to a serious increase in atypical and precarious work, including the largest low-pay sector in the EU-15. Also radical reforms like Hartz IV would not be able to solve the fundamental problems of the Austrian labour market – weak economic growth and rising labour supply.